Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten und Post: Mrk. 2.50. Zeitungspreis
Alle Postp. 40 mehr Zeile 1.05 Frs., Deutschland 7 Gfg., Ausland 0.80 Frs.

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1.
Telegramm-Adresse: Saarzeitung. Fernsprecher Nr. 83. Postscheck 39

Nr. 233 — Saarlouis, Mittwoch, den 7. Oktober 1925 — 54. Jahrgang

Zolltarif und künftige Handelspolitik.

Das Ringen um die Gestaltung der Zoll- und Handelspolitik nur wenn jetzt erörtert und führt zu Auseinandersetzungen in Presse, Parlament und der großen Oeffentlichkeit. Heute wissen diese um so lebhafter hier, weil abseits jedoch die Nation innerlich gerüttelt ist, die breiten Schichten der Bevölkerung und Wirtschaft an Zolltarif über am sich brennenden Wünschen und den Bedrängnissen wohl bestehlgen können, weil endlich die verschiedenen Zolltarifentwürfen- und Gesetzesgruppen, die von einer breiten Strömungsmacht nicht gestaltgemäß in Bahnen gelenkt werden, einleitende Forderungen an die Gesetzgebung stellen. Da scheint es fast unmöglich, die widerstreitenden Meinungen unter einen Hut zu bringen und zu Forderungen verschiedenartigsten Denkens und Fühlens Gerechtigkeit zugleich Geltung zu verschaffen.

Und doch muß dies versucht werden, wenn auch auf dem Wege des Kompromisses mit all seinen Mängeln und Schwächen. Denn eine Wirtschaftspolitik, die eingeleitet ist in den gegenwärtigen Organismus der Wirtschaftspolitik, hat eine wirtschaftspolitische Wirkung, die das Ganze, wie es einmal sich der Wirtschaftspolitik mit den Mängeln gestaltet hat. Das Ergebnis eines solchen Wirkungs ist bei der Zolltarifgesetzgebung, wenn sich der Wirkungs nach außen Mähe am 13. August dieses Jahres angenommen hat. Neben von den Parteien, die für den Kompromiß, die in einer Reihe von Fragen gefunden. Aber hat es ein Kompromiß ausgeschlossen und gleichzeitig wieder Zugeständnisse gemacht zu haben. Was den Kreisen der wirtschaftlichen Organisationen der Wirtschaftspolitik, das eine wie ganz schwierigen. Auch die ökonomische Wirtschaftspolitik wird gewaltigen Gleichen Gesetzgebungsinstrumentarium und die Wirtschaftspolitik mannigfaltigen Einflüssen und Gutachten durchgreifenden Richtlinien für die gesetzliche deutsche Handelspolitik schwerlich vermissen.

Aber einen besitzen wir bei aller Kritik wir vergessen: Politik ist die Kunst des Möglichen, die will gestaltet, die will Kompromisse und Schwierigkeiten durchaus verbleiben in jahrem Ringen mit dem Problem Stoff der Beschlüsse. Versuchen wir unter diesem Gesichtspunkt den Zolltarif, so sehen wir zwei Gruppen von Gesetzen, die Wirtschaftspolitik und einen dem gegenüber schwierigen Verhältnissen erreichte neuen Tarif. Sein eigentlicher Sinn ist, als Mittel zu Zwecken, um die heimen Schutzzollinteressen mit neuer zollpolitischen Gesetzen abzudämmen, indem er unter Umständen auszuhelfen mit einem höheren autonomen Zollsatz, von dessen Gegen ist bei Kontingentierungsmaßnahmen Ausnahmen Staaten, wenn die ausländische Gegenseite Vorteilen ausbeute zu und bereit ist, ihr wird, zu glauben, Deutschland Deutsche Ausfuhr unmöglich bleiben Verlangen zum Verschwand der Zölle dazu bekommen, ihm zu folgen, damit das Ziel der deutschen und europäischen Handelspolitik, nämlich ein möglichst freies Warenaustausch, erreicht wird. Bei der Beratung, die soll unter dem Zeichen des Berliner Vertrags durchführen, haben wir mit Zuhilfe Beginnen bei zähe tenacige Erscheinungen gemacht. Zuhilfe wollten wir einen anderen Weg. Wir werden uns unter autonomen Zöllen in den Handelsverträgen heranzugehen, in den Wege und dem Umfang, wie es die Gegenseite tut. Es helfen mit dem einzigen wir uns zu helfen. Wir verfügen nötigung zu erlangen und die Wirtschaftspolitik für den Wirtschaftsbetrieb unseren zu schaffen, damit unserer Erzeugnisse unbeschadet, auf dem Wirtschaftsgebiet nicht schließlich behandelt werden, als die der anderen Staaten.

Gewinnung man bei diesen Erwägungen schon ein mehr politisches Urteil über Wert und Umfang des neuen Zolltarifs, so muß mehr, wenn man bedenkt, daß viele deutsche Industriezweige und auch die deutsche Landwirtschaft, die infolge der vergangenen Ansicht gegenüber der Kundgebung anderer Länder ein ins Hintertreffen geraten sind, eine Schwierigkeit mit angemessenen Zollsätzen nicht entbehren können. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß unter Zugrunde und die Beratungen Zolltarifentwürfe unter 19 Organe des Vertrag, im allgemeinen wird darauf hingewiesen, daß die Zölle der Gegner wirklich höher sind.

Eine einzelnen Begründung für den jüngsten Standpunkt der Reichstagsarbeiter, insbesondere der Zentrumsgruppe der Reichstagsabgeordneter Lammers ist den in Wirtschaftsrat-Bericht am Mittelstand erschienenen Bande: „Die deutsche Politik des Jahres 1924" herausgegeben von Prof. Schreiber, Mainz. Er enthält geschriebene Abhandlungen über die neuzeitliche Lage, namentlich der neuen Steuern, die Entwertung und die Zölle. Wichtig ist dabei, daß bei den Verhandlungen des Zolltarifs als Mitglied des handels- und politischen Ausschusses mit erlebt hat, schien besonders angeeignet für diese schwierige Aufgabe, und ein sachliches wohlabgewogenes Urteil über den vorliegenden Zolltarif zu ermöglichen.

Wie schon auch, daß das Zustandekommen des Kompromisses erleichert wurde, weil man bei der Festsetzung der Industriezölle sich führer auf die Wirtschaftlichen der obersten begründeten Rechte des Reichs in Wirtschaftsangelegenheiten beitrug, nämlich des Reichsratsbeschlusses, und bei der Festsetzung der Agrarzölle die Stimmen der Wirtschaftsräte, die sich im sogenannten Agrarausschuß zusammenfanden, nicht unberücksichtigt ließ. Trotzdem wird man an dem Mindestzölle für Getreide, die der Regierungsentwurf vorsah, den unbestrittenen Punkten der gesamten Vorlage und an der Einzigkeit eines Mindestzolles für Hafer, vielleicht noch dem Willen bekannter Agrarwissenschaftler, wie Verbesserungen der deutschen Bauernschaft eine besondere Förderung zuteil werden soll.

Wie der neubearbeitete Zolltarifentwurf auch sich jeder verantwortungsvollen Staatsbürger anerkennenschen. Es darf nicht meinen, man sei der Kompromißgesetzen. Im Gegenteil, es beginnt sich recht. Denn das neue Zoll ist ein Beherrsgungsgesetz, ein Provisorium, wie der § 5 auch der Zoll nach deutlich zum Ausdruck bringt, in dem keine Gesetzgebung mit dem Zoll 1902 Bestand ist. Gut dabei gilt es Erfahrungen zu sammeln, die Entwicklung in der Weltwirtschaft zu beobachten und all diese Kenntnisse zu verwerten bei der Schaffung des endgültigen Tarifs, der nach zwei Jahren den jetzigen ablösen soll.

Die Verhandlungen in Locarno.

Zwei schwierige Fragen.

mb. Paris, 6. Okt. Der Sonderberichterstatter des Matin berichtet aus Locarno, daß es zwei Fragen sind, die den Mittelpunkt der Aussprachen bisherigen ausmachen. Das erste Problem ist das Eintreten Deutschlands in den Völkerbund, besonders der Pakt und die Schiedsgerichtsverträge als Ersatz-Sicherheit für Deutschland. Der Verfasser erklärt der Matin bilt diese Schwierigkeiten nicht für unüberwindlich und hofft, es seien schon jetzt die Grundlagen einer Verständigung. Der Berichterstatter des Matin schließt das Ergebnis 16 des Völkerbundsrates analysiert, klammern Gegenstände von Verhandlungen zwischen dem Reichsrat und Deutschland sind. Das Ergebnis ist, daß Deutschland, wenn es beabsichtigt sich am französischen Gesamtsie, die den Schiedsgerichtsschiedsverträgen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn Gegenstand sein müßte. Die Deutschen haben, wie es heißt den Zeitgeist-deutschen Schiedsgerichtsvertrag erlangen falsche. Diese Garantie erfordert sich sogar auf das sofortige Inkrafttreten, wenn auch Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist. Es bei den Zeitgeist-deutschen Schiedsgerichtsvertrag erlangen falsche. Diese Garantie erfordert sich sogar auf das sofortige Inkrafttreten, wenn auch Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist. Es bei den Zeitgeist-deutschen Schiedsgerichtsvertrag erlangen falsche. Die